

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Graf Ad. Schles. Hofflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ges.,
Otto Rieckisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
G. Fontane,
in Posen.

Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annonsen-Expeditionen
Kud. Noss. Hasenfeld & Vogler A. &
G. L. Daube & Co., Invalidendenk.

Berantwortlich für den
Inserentenheft:
J. Klugkist
in Posen.

Nr. 29

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich drei Mal,
an Sonn- und Feiertage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,
an Sonn- und Feiertagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-
jährlich 450 M. für die Stadt Posen, 545 M. für
ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Reunundneunzigster Jahrgang.

Mittwoch, 13. Januar.

1892

Deutscher Reichstag.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)
145. Sitzung vom 12. Januar, 2 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt.
Präsident v. Lebeck begrüßt die Versammlung zum neuen Jahr; quod felix faustumque sit, jedem von uns, für Kaiser und Reich.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Berathung des Staats, und zwar zunächst der Etat des Reichstags.

Dazu liegt ein Antrag Dr. Baumhöf (dfr.) vor, den Bundesrat zu ersuchen, eine Abänderung der Reichsverfassung, Art. 32, in dem Sinne herbeizuführen, daß die Mitglieder des Reichstags aus Reichsmitteln Diäten und Reise Kosten erhalten.

Abg. Dr. Baumhöf (dfr.): Der Antrag ist gestellt von der Fraktion der Deutsch-Freisinnigen mit Unterstützung der Volkspartei; aber gleichwohl möchte ich verlügen, ihn nicht zu motivieren als einen speziellen Parteiantrag, sondern ich glaube, daß er für die verschiedenen Parteien dieses Hauses von Interesse und Wichtigkeit sein dürfte. Der Antrag hat ja nicht den Reiz der Neuheit (Sehr richtig!); in einigen Wochen könnten wir sein 25-jähriges Jubiläum feiern. Als er zuerst im konstituierenden Reichstage des Norddeutschen Bundes gestellt wurde, wurde er zwar nur mit geringer Mehrheit angenommen; aber Fürst Bismarck legte damals seine ganze Autorität gegen die Bewilligung von Diäten in die Waagschale und ging so weit, das Zustandekommen der Reichsverfassung davon abhängig zu machen, daß keine Diäten für die Reichstagsabgeordneten bewilligt werden. Die damals für die Diätengewährung geltend gemachten Gründe gelten auch heute noch. Eines aber haben wir zudem vor der damaligen Zeit voraus; die 25-jährige Erfahrung, auf welche wir heute zurückblicken. Aber ich kann mich auch auf die Erfahrung der letzten Zeit und des heutigen Tages berufen. Ich sehe, wie jener Professor, sehr viele, die nicht da sind (Heiterkeit), und reklamire die leeren Sitze als stumm, aber bereite Zeugen für die Berechtigung des Antrages. Die Bewilligung von Diäten würde es vielen möglich machen, ihren Pflichten als Reichstagsabgeordnete nachzukommen. Die Liste der Kandidaten würde erheblich erweitert werden, und es würde auch ein nobile officium für den Reichsboten sein, nach Möglichkeit anwesend zu sein.

Man hat gegen die Bewilligung der Diäten angeführt, daß die Sessionen länger werden würden und ein Berufsparlamentarier entstehen müsse, um gezüchtet werden würde, das dem Fürsten Bismarck ein Dorn im Auge war, namentlich da die Berufsparlamentarier gewöhnlich Journalisten, oder, wie man sie heute nennt, Zeitungsschreiber zu sein pflegen. Der Berufsparlamentarier, der seine Pflicht thut, ist mir aber immer noch lieber, als der Abgeordnete honoris causa, der durch seine Abwesenheit glänzt (Heiterkeit). Zum brauchen doch alle Parteien diese Berufsparlamentarier; wir müssen in den Fraktionen Männer haben, die sich dauernd mit politischen Angelegenheiten befassen. Aber gerade die Diätenlosigkeit fördert andererseits das Berufsparlamentarierthum. Die Sessionen sind ferner trotz der Diätenlosigkeit von Jahr zu Jahr länger geworden. Ein vollbesetztes Haus arbeitet ja entschieden viel reicher als ein schwach besetztes Haus, in dem die Berufsparlamentarier regelmäßig das Wort führen müssen.

Das wichtigste Argument gegen die Bewilligung der Diäten war aber der Gedanke, daß die Diätenlosigkeit der Reichsboten ein konservatives Gegengewicht gegen das demokratische allgemeine Stimmrecht sei. Ein Korrektiv sieht doch eine fehlende Einrichtung voraus. Welches sind die Mängel des allgemeinen Stimmrechts? Es soll zu einer wütigen Agitation führen. Man hat auch auf die eine und andere Partei hingewiesen und ihr Vorwürfe gemacht. Ich glaube aber nicht, daß, wenn die Beiden einmal entsezt sind, eine Partei bei diesen Agitationen stärker beteiligt ist als andere. Auf der anderen Seite ist aber das allgemeine Stimmrecht ein so wichtiges politisches Erziehungsmittel wie kein anderes. In demselben kommt der wichtigste Grund für die Verfassung, die Gleichberechtigung aller Staatsangehöriger, zum Ausdruck. Es sollen nicht blos dem wohlhabenden Mann die Pforten zu diesem Saale offen stehen, sondern jedem politisch tüchtigen Mann. Im preußischen Abgeordnetenhaus hat man ja allerdings gegen das allgemeine Stimmrecht heftige Angriffe geschleudert. Der frühere Staatsminister von Puttkamer ging sogar soweit, eine Möglichkeit der Aenderung des Wahlrechts im Reiche in Aussicht zu stellen, und der damalige Reichskanzler begünstigte ihn darin. Aber kein Grundloch unserer Verfassung ist so in das Rechtswissen des Volkes übergegangen als das allgemeine Stimmrecht. Wer heute die Hand daran legen wollte, würde sich einfach unmöglich machen. Der Arbeiter betrachtet den Wahltag als seinen Ehrentag, wo seine Stimme ebensoviel wiegt wie des Großgrundbesitzers und hohen Beamten, wo er dem Wunsche Ausdruck zu geben vermag, wie er regiert sein will.

Wenn aber selbst das allgemeine Wahlrecht einer Korrektur bedürftig sein sollte, ist denn die Diätenlosigkeit ein entsprechendes Korrektiv? Man sagt, daß bei der Diätenlosigkeit nur solche Kandidaten ausgewählt werden können, die der wohlhabenden Klasse angehören. Es sind also die beispiellosen Elemente von vornherein ausgeschlossen, und da diese die radikaleren sind, so werden die Wahlen regierungsfreundlicher, konservativer ausfallen. Der Fehler dieser Argumentation liegt aber darin, daß man regierungsfreundlich und konservativ für ein und dasselbe hält. Ebenso pflegt man ja den Liberalen als einen Gegner der Regierung zu bezeichnen. Und so haben wir den Vorwurf ertragen müssen, daß wir antimonarchisch, antinational, reichsfeindlich, nicht staatserhaltend sind. Gerade die Erfahrung der letzten Wochen hat gezeigt, daß die Begriffe konservativ und regierungsfreundlich sich keineswegs decken. Es hat mich merkwürdig berührt, wie konservative Herren es für nötig hielten, sich gewissermaßen ihren Patriotismus aufzutragen zu lassen, weil sie gegen die Regierung stimmen. Wenn ein konservativer Mann durch seine Überzeugung dazu kommt, der Regierung Opposition zu machen, so ist das sein gutes Recht und sogar seine Pflicht. Nur schade, daß man das uns gegenüber

früher nicht auch anerkannt hat. Die konservative Agitation gegen die jetzige Wirtschaftspolitik der Regierung war weit größer als manche auf unserer Seite. Hat das Zentrum in den schwersten Zeiten des Kulturmordes jemals einen Wahlkreis wegen der Diätenlosigkeit verloren? Dasselbe gilt von der freisinnigen Partei. Wir hätten allerdings in einigen Fällen einen Wahlkreis erobern können, wenn wir einen geeigneten Kandidaten gehabt hätten, und hier lag vielleicht der Grund in der Diätenlosigkeit; aber in den meisten Fällen sprangen Berliner ein, und die große Zahl der Berliner hier im Hause, über die Fürst Bismarck sich besonders bescherte, wurde gerade begünstigt durch das Diätenverbot.

Besonders soll sich das Diätenverbot gegen die Sozialdemokraten richten. (Abg. Bebel: Es hat uns nichts geschadet.) Auch in sozialistischen Kreisen argumentirt man jetzt so, daß der Besitzende geneigt ist, langsam vorzugehen und stabiler zu sein. Abg. Bebel erklärte auf dem Erfurter Parteitag den Opportunismus des Herrn v. Bismarck mit seiner günstigeren Lage. Dieser Ideengang, den man auch uns gegenüber geltend gemacht hat, wenn es sich um die Diätenfrage handelt, trifft aber nicht zu; wir sind immer dankbar gewesen, daß Männer in einer vollständig unabhängigen Stellung erst recht für die freisinnigen Ideen wirken konnten. Die Sozialdemokraten bestehen ja heute auch nicht allein mehr aus Proletariern, sondern es gibt unter ihnen auch viele gesättigte Existenz. (Heiterkeit.) Jedenfalls hat die Diätenlosigkeit den Sozialdemokraten nichts geschadet. Fürst Bismarck hatte ihnen vor Jahren ein drittes Dutzend versprochen. Wenn er hier wäre und die Häupter seiner Lieben zählen würde, so würde er sich freuen: denn siehe! es fehlt nur ein theures Haupt am dritten Dutzend. (Heiterkeit).

Die finanzielle Wirkung der Gewährung von Diäten, sowie den Gesichtspunkt, daß die Diäten fortwährend auf den Abgeordneten wirken könnten, kann man nicht im Ernst als Argumente gegen den Antrag anführen; ebensowenig den Umstand, daß eine Verfassungsänderung nötig ist. Die Kartellparteien haben in der vorigen Legislaturperiode ja eine der wichtigsten Bestimmungen der Verfassung geändert. Uebrigens ist die Gewährung der Reisekosten schon eine Durchbrechung des Grundsatzes der Diätenlosigkeit, die eine Verfassungsänderung involvirt und eigentlich ein besonderes Etatgesetz verlangt. Man kann auch nicht behaupten, daß die Diätengewährung das Ansehen der Abgeordneten verteidigt. Die ambulanten Parlamentarier, die auch dem preußischen Abgeordnetenhaus angehören, sind doch nicht geringer angesehen als die andern Kollegen hier. Umgenehm mag es einige sein, keine Diäten zu bekommen. Aber nur ein kleiner Bruchteil des Volkes befindet sich in so glücklicher finanzieller Lage.

Die Diätengewährung ist die Konsequenz des allgemeinen gleichen Stimmrechts. Es wäre vielleicht besser, wenn Vertreter des kleinen Grundbesitzes zahlreicher vertreten wären, und Sache der Konservativen wäre es, diese kleinen Leute hier in größerer Anzahl erscheinen zu lassen, um ihre Sache selbst zu führen. Wie viele Handwerker sind denn im Reichstage vertreten? Die Konservativen und das Zentrum, die sich in erster Linie als Vertreter des Handwerks hinstellen, sollten dafür sorgen, daß mehr kleine Gewerbetreibende hineinkommen. Im ganzen deutschen Reichstag ist kein Volksschullehrer und der ist doch ein wichtiger Faktor im Leben der Nation. Wie steht es mit dem Arbeiter? Die Sozialdemokraten geriessen sich ja als Vertreter der Arbeit, und sie haben ja eine Anzahl von Mitgliedern, die aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sind. Aber tatsächlich sind es lautere Journalisten und Redakteure. Herr Auer arbeitet doch wohl kaum noch in der Werkstatt mit und auch Herr Meister, der einzige im Berichtsnachrichten wirklich aufgeführte Arbeiter, ist, glaube ich, auch journalistisch thätig. (Heiterkeit.)

Das allgemeine Wahlrecht ist durchaus nicht einer Korrektur bedürftig. Die Diätenlosigkeit steht auch mit dem allgemeinen Stimmrecht in Widerspruch. Wenn es wirklich wahr sein sollte, was behauptet worden ist, daß es besser ist, in einem jungen Staatsorganismus zum Anfang wenigstens Diätenlosigkeit bestehen zu lassen, so fragt es sich, ob das Deutsche Reich nicht inzwischen so fest gefügt ist, daß es diese Maßregel entbehren kann. Die Bewilligung von Diäten soll, wie man behauptet, eine Stärkung des Parlamentarismus des Deutschen Reiches bedeuten; dann würde es aber auch eine Stärkung der Reichsseeide und des Reiches selbst bedeuten. Denn neben dem Kaiser ist der Reichstag der wesentliche Vertreter der Reichsseeide, und darum heißt es auch Stärkung des Deutschen Reiches, wenn man den Deutschen Reichstag unterstützt. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Haberland (Btrm.): Ich schließe mich dem Antrage voll und ganz an. Der kleine Handwerker und der kleine Landmann kann bei dem jetzigen Zustande das Opfer eines Reichstagsmandats nicht auf sich nehmen. Die kleinen Leute sehen es als eine Unrechtmäßigkeit an, daß sie verhindert sind, an der Gesetzgebung mitzuwirken, und wer bereits Volksvertreter ist, hat auch vielfach unter der Diätenlosigkeit schwer zu leiden, da ihm seine Stellung sehr viele Lasten auferlegt.

Abg. Dr. v. Bennigsen (ndl.): Ich nehme an, daß die Mehrheit meiner politischen Freunde, wie früher, sich auch jetzt für die Diäten erklären wird. Durch die Diäten wird ja die Anzahl der Kandidaten erleichtert und die Anwesenheit einer genügenden Anzahl von Reichstagsabgeordneten gesichert. Ein kleiner Theil meiner Parteigenossen wird aber gegen den Antrag stimmen, lediglich weil er in diesem Augenblide eine Verfassungsänderung, die nicht isolirt ist, sondern im Zusammenhang steht mit den ganzen allgemeinen Grundlagen unseres Wahlrechts, nicht für zweckmäßig hält. Wenn man an der einen Seite jetzt etwas ändert, so könnte auf der anderen Seite die Neigung entstehen, auch die Frage des allgemeinen Stimmrechts zu ändern. Das wird den Antragsteller am allerwenigsten erwünscht sein.

Abg. Graf Behr (Rp.): Die Redner für den Antrag haben keinen neuen Gedanken vorgebracht. Wir sind in derselben Lage, wie in den früheren Jahren, und werden deshalb auch jetzt gegen den Antrag stimmen.

Abg. v. Heldorff (L.): Auch wir werden nach wie vor

Inserate, die jedesgeplante Petition oder deren Raum
in der Morgenauflage 20 Pf., auf der letzten Seite
80 Pf., in der Mittagauflage 25 Pf., an bevorzugter
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die
Mittagauflage bis 8 Uhr Vormittags, für die
Morgenauflage bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Berantwortlich für den
Inserentenheft:
J. Klugkist
in Posen.

gegen die Diäten stimmen. Ich erwarte von der Bewilligung der Diäten nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung des Reichstages. Ich halte die Diätenlosigkeit für ein nothwendiges Korrektiv des allgemeinen Wahlrechts. Die Empfindung, daß es annehmbar wäre keine Diäten zu bekommen, hat unsere ganze Fraktion. Ich habe den Eindruck, daß wir gegenüber der Versammlung, die Diäten erhält, auf einem höheren Standpunkte stehen (Widerprüch). Neben der Interessenvertretung stehen die idealen Gesichtspunkte. Wenn wir das Wahlrecht einmal korrigiren, dann werden wir statt an die Interessenvertretung, an die Gemeinden anknüpfen müssen. Die Gewährung der Diäten wird die Zahl der Kandidaten vervielfachen. Wir werden noch mehr Berufsparlamentarier haben, die sich wohl fühlen und möglichst lange werden hier bleiben wollen. Das ist ein unerwünschter Zustand. Eine Korrektur etwaiger Nebelstände liegt weit mehr in einer Verbesserung der Gesetzesordnung, und in dieser Beziehung hat der Reichstag sicher bedeutende Fortschritte gemacht. Wir haben gelernt, sachlicher zu diskutieren. Reden, wie wir sie früher gehört haben, waren heute gar nicht möglich. Das allgemeine Wahlrecht und seine Robheit hat den Nachteil gehabt, den guten Geschmack und die Sachlichkeit der Diskussion zu verwirren. Dieser Nebelstand würde die Diätenbewilligung noch vermehren, und daher werden wir gegen den Antrag stimmen.

Abg. Dr. Lieber (Ctr.) erklärt unter Bezugnahme auf die früheren Erklärungen des Abgeordneten Windthorst, daß die Centrumspartei nach wie vor auf dem Boden stehe, den sie von Anfang an eingenommen habe, also für den Antrag einzutreten, ohne aber an dem Wahlrecht etwas andern zu wollen. Gleicher Stimmrecht und Diätenbewilligung stimmen wohl zu einander. Wenn Abg. v. Heldorff meint, das Ansehen des Deutschen Reichstages beruhe auf der Diätenlosigkeit der Abgeordneten, so scheint er einen nur sehr geringen Theil des deutschen Volkes zu kennen. (Sehr richtig!) Viele meinen, daß nur Leute hier säßen, die vermöge ihres Geldbeutels im Stande seien, ein Mandat zu bestreiten, aber nicht die Vertretung des Volkes. Entschieden verbahren muß ich mich auch gegen die Annahme, daß der Reichstag wegen der Diätenlosigkeit seiner Mitglieder einen höheren Standpunkt einnehme als die Landtage der Einzelstaaten. Dadurch macht man einen Unterschied zwischen Vertretern erster und zweiter Klasse, wogegen ich Einspruch erhebe. Daß die Diätenbewilligung einen vergrößerten Wettbewerb der Mandate mit sich bringt, gebe ich zu. Aber das soll ja auch der Zweck dieser Maßregel sein. Das Volk soll eben unter einer größeren Anzahl von Bewerbern die Auswahl haben. Es mag ja sein, daß einige Herren aus idealen Gesichtspunkten Abgeordnete sein wollen. (Heiterkeit) Ich will mein Mandat gern einem Würdigeren abtreten, der durch die Diätenlosigkeit verhindert ist, Abgeordneter zu sein.

Wenn Herr v. Heldorff von dem allgemeinen Wahlrecht und seiner Robheit spricht, so erwidere ich ihm, daß nicht das allgemeine Wahlrecht, sondern der frühere Reichskanzler dem Ton der politischen Größerung bis zur Unersättlichkeit abgesezt hat. (Lebhafte Beifall links.) Daß die Gewährung von Diäten die Wahlagitationen nicht wüster macht, sehen wir an den Wahlen zu dem diätenbegabten Abgeordnetenhaus.

Wir sehen in der Diätenbewilligung eine nothwendige Ergänzung des allgemeinen gleichen Wahlrechts, und so sehr wir sonst Gegner von Verfassungsänderungen sind, halten wir diese für durchaus nothwendig. Wir werden für sie stimmen und hoffen, daß der neue Kurs der Regierung endlich einmal die Bemerkung aus den Akten des Hauses verschwinden lassen wird: Der Bundesrat hat dem Beschuß des Reichstages seine Zustimmung versagt.

Abg. Bebel (S.-D.): Neben diese Frage sollte man nicht mehr debattieren, sondern sie einfach bestreiten. Nebenall sonst gilt der Grundsatz der Entschädigung für die Opfer, die der Einzelne der Gemeinschaft bringen muß. Im konstituierenden Reichstag haben die meisten Staaten ihren Abgeordneten Diäten bewilligt. Fürst Bismarck war der einzige Gegner der Diäten. Man befürchtet das radikale Element durch die Diäten im Reichstage zu stärken. Für uns aber ist die Diätenfrage gar keine Frage; nicht ein einzelnes Mitglied ist durch die Diätenlosigkeit abgehalten. Abgeordneter zu werden. Meine Partei ist nicht nur in der Lage, ihre Mitglieder zu entschädigen, sie könnte, wenn es nötig wäre, auch die Mitglieder anderer Parteien entschädigen. (Heiterkeit.) Gerade die Vertreter der bürgerlichen Parteien leiden unter der Diätenlosigkeit. Sie haben also gar keinen Grund, aus Rücksicht auf uns gegen den Antrag zu stimmen. Es ist nicht wahr, daß das allgemeine Wahlrecht mit der Diätenlosigkeit zusammenhängt. Das allgemeine Wahlrecht allein hat zur Stärkung des Einheitsgedankens beigetragen, obgleich es nur aus Verlegenheit eingeführt worden ist. Mit der Aufhebung dieses Wahlrechts sinkt das Ansehen des Reichstags und wird die große Masse des Volkes auf den Weg der Revolution gedrängt. Denn es wird mit Recht glauben, daß ein solches Staatswesen, das seine Bürger verhindert, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen, je eher, je lieber zu Grunde gebe.

Wenn die Sozialdemokraten des Reichstages auch nur zum geringsten Theile Arbeiter sind, so haben sie doch Führung mit den Arbeitern. Aber diese Verstellung liegt nicht in der Diätenlosigkeit, sondern daran, weil viele durch die sozialen Kämpfe gezwungen werden, aus dem Arbeiterstande auszutreten, und weil die Reichstagsmitglieder wegen der Robheit ihrer Anwesenheit im Reichstage nicht mehr Arbeiter im engeren Sinne des Wortes sein können.

Wenn die Herren sich jetzt vor einer Verfassungsänderung scheuen, warum haben die Herren es vor vier Jahren an der Bildung gefunden, die Verlängerung der Legislaturperiode herbeizuführen? Der wahre Grund liegt in dem Klasseninteresse, daß den kleinen Mittelstand und die Besitzlosen vom Reichstage ausschließen will. Daß es jenen Herren unangenehm ist, in Folge der größeren Kandidatenanzahl sich unter das Volk zu mischen und sich behutsam wiederwahl mit ihm vertragen zu machen, läßt sich denken. Aber unbestritten wird diese Agitation bildend und aufklärend. Das allgemeine Wahlrecht ist unzweifelhaft das wichtigste, politische Erziehungsmittel. Ist etwa das Ansehen des Bundesrates deswegen geringer, weil seine Mitglieder hohe Diäten beziehen? Ist das Ansehen der Monarchie gesunken, weil in der letzten Zeit in

